
Michael Geuenich

Wirtschaftslage 1985/86 - Konjunkturbelebung geht weiter am Arbeitsmarkt vorbei

Michael Geuenich, geb. 1935 in Morschenich/Düren, war, nach Schulbesuch und Beendigung einer Lehre als Dreher, von 1965 bis 1973 Jugendsekretär der IG Metali-Verwaltungsstelle Köln, danach 1. Bevollmächtigter der IG Metall in der Verwaltungsstelle Neuss/Rhein und ab 1982 Vorsitzender des DGB-Landesbezirks Nordrhein-Westfalen. Seit März 1985 ist er Mitglied des Geschäftsführenden DGB-Bundesvorstandes und zuständig für Allgemeine Wirtschaftspolitik, Strukturpolitik und Umweltpolitik.

Wachstumstempo in der Bundesrepublik einmalig gering

Die konjunkturelle Belebung in der Bundesrepublik geht 1986 in ihr viertes Jahr. Erstmals soll die Wachstumsrate die Schwelle von 3 Prozent erreichen. Die jahresdurchschnittliche Wachstumsrate von 1983 bis 1986 lag dann bei 2,4 Prozent. Dies ist das niedrigste Wachstumsniveau während eines Aufschwungs - sofern dieser Begriff überhaupt am Platze ist - in der Geschichte der Bundesrepublik. Zum Vergleich: Im Aufschwung 1976 bis 1979 gab es jahresdurchschnittliche reale Wachstumsraten von gut 3,5 Prozent.

Ungewiß ist die Dauer der Konjunkturbelebung. Der konjunkturelle Einbruch ab 1980 war Folge der Ölpreiskrise. Ein ähnlicher Schock ist heute nicht konkret in Sicht. Das Verschuldungsproblem der Entwicklungsländer enthält allerdings Risikofaktoren, die sich durchaus unerwartet und plötzlich entladen könnten. Wie schon in den Vorjahren, bleiben auch Haushaltsdefizit und Zinsniveau in den USA sowie der Dollarkurs ein permanenter Unsicherheitsfaktor.

Die Wachstumsschwäche der laufenden Konjunkturbelebung ist Ausdruck einer sehr verhaltenen volkswirtschaftlichen Gesamtnachfrage. Diese Feststellung trifft auf fast alle Nachfragebestandteile zu. Es gibt nur wenige Ausnahmen.

Privater Konsum zu schwach

In den ersten drei Aufschwungjahren seit 1983 blieb die Konsumnachfrage mit einem jahresdurchschnittlichen Anstieg von nur einem Prozent hinter dem ohnehin schwachen Wirtschaftswachstum noch deutlich zurück - ein Reflex des niedrigen Lohnanstiegs und damit der geringen Massenkaufkraft.

Die Kaufkraft der Arbeitnehmer lag 1985 nicht höher als im Jahre 1977. Der Rückgang der realen Nettolohnsumme kam 1985 erstmals zum Stillstand. 1986 dürfte das erste Jahr mit nennenswertem Anstieg der Nettoeallöhne sein. Im Gemeinschaftsgutachten der Wirtschaftsforschungsinstitute wird mit einem Plus von 3 Prozent gerechnet. Dies würde dem vorhergesagten Anstieg des privaten Konsums und der Wachstumsrate des Bruttosozialproduktes entsprechen. Dieser Voraussage liegt die Annahme einer leicht steigenden Beschäftigung bei höheren Tarifabschlüssen als im Jahre 1985 zugrunde. Positiv auf die Nettoeinkommen wirkt sich auch die 1986 in Kraft tretende erste Stufe der Steuerreform aus, ferner die Einführung des Erziehungsgeldes, eine leichte Erhöhung des Wohngeldes und die Erweiterung einer stärkeren Inanspruchnahme des Vorruhestandes.

Gewinne laufen davon

Die Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen laufen der Lohnentwicklung weit voraus. Diese Feststellung gilt für alle bisherigen Aufschwungjahre und auch für 1986. Gegenüber 1982 wird die Erhöhung der realen Nettogewinne bei 33 Prozent liegen gegenüber plus minus Null bei der realen Nettolohnsumme.

Die Gewinnsituation entspricht in etwa dem Stand der Jahre 1973 und 1979. Das gilt sowohl bezogen auf den bereinigten Anteil der Gewinne am Volkseinkommen (35,8 Prozent) als auch gemessen an der sogenannten Nettoanlagekapitalrendite, also der Nettogewinne in Prozent des investierten Anlagekapitals, die mit 13,5 Prozent im vergangenen Jahr höher als 1973 (12,7 Prozent) und auf derselben Höhe wie 1979 (13,4 Prozent) lag. Diese Tatsache erlaubt eine wichtige Feststellung: Wenn die Gewinnsituation heute in einer Zeit der Massenarbeitslosigkeit dieselbe ist wie in Jahren mit viel geringerer Arbeitslosigkeit, dann kann das Patentrezept der Unternehmer nicht richtig sein. Dieses Patentrezept lautet bekanntlich: Hohe Gewinne bringen über einen Anstieg der Investitionstätigkeit ausreichende Beschäftigung.

Ausrüstungsinvestitionen steigen - aber schwächer als früher

Die Ausrüstungsinvestitionen in der Industrie sollen entsprechend den Vorhersagen der Konjunkturforscher 1986 wie schon im ablaufenden Jahr mit zweistelligen Prozentraten ansteigen (11 Prozent). Dies ist zumindest auf den ersten Blick eine respektable Entwicklung. Zugrunde liegt in erster Linie die Erwartung eines steigenden Inlandsabsatzes, nicht zuletzt wegen stimulierender Impulse der privaten Nachfrage. Aber man soll sich nicht täuschen lassen: „Das Anstiegstempo ist... weiterhin deutlich geringer als in früheren Aufschwungphasen“, stellen die Wirtschaftsforschungsinstitute in ihrem Gemeinschaftsgutachten fest.

Bau am Boden

Von allen Bestandteilen der wirtschaftlichen Gesamtnachfrage hinken die Bauinvestitionen am stärksten hinter der allgemeinen Entwicklung her. Die Gründe hegen auf der Hand: Die Sparpolitik in den öffentlichen Haushalten und - daraus resultierend - ein Rückgang der öffentlichen Investitionen sowie die rückläufige Wohnungsbautätigkeit haben die gesamte Bauproduktion etwa auf das Niveau von Ende der sechziger Jahre abfallen lassen. Dabei war das Jahr 1985 mit einem Minus von 6,8 Prozent nochmals eines der schwärzesten Baujahre. Der regierungsseitig beschlossene Einstieg in die stärkere Förderung des Städtebaus könnte im kommenden Jahr zu einer gewissen Stabilisierung der Bautätigkeit führen, die damit immer noch alles andere als eine konjunkturelle Stütze sein wird.

Fazit: Während sich bei den Ausrüstungsinvestitionen hier und da gewisse Kapazitätsgrenzen andeuten, sind die Geräte im Bausektor nur etwa zur Hälfte ausgelastet. Gerade hier müßten staatliche Beschäftigungsinvestitionen ansetzen.

Fragwürdige Exporterfolge

Beim Export hat die Bundesrepublik im Verlauf des bisherigen Konjunkturaufschwungs alle Nachkriegsrekorde geschlagen. Noch nie hat es beispielsweise Exportüberschüsse gegeben, die - wie voraussichtlich 1986 - an die 100-Milliarden-D-Mark-Grenze heranreichen.

Richtig ist einerseits, daß steigende Exportnachfrage und Exportüberschüsse von 1983 bis 1985 tragende Säulen der Konjunkturbelebung in der Bundesrepublik waren. Ohne den Export hätte die jahresdurchschnittliche Wachstumsrate des Bruttosozialproduktes von 1983 bis 1985 noch unter 1,5 Prozent gelegen. Die ohnehin vorhandene Wachstumsschwäche wäre noch ausgeprägter gewesen. Im vor uns hegenden Jahr 1986 wird der Anstieg der Exportüberschüsse zwar nicht mehr so ausgeprägt sein wie in den Vorjahren, aber der Exportüberschuß wird auf hohem Niveau bleiben, in realer Rechnung bei 83 Milliarden D-Mark und nominal

bei 93 Milliarden D-Mark. Anders gesprochen: Rund 5 Prozent unseres realen Bruttosozialproduktes wird im kommenden Jahr im Inland keinen Absatz finden und im Ausland verkauft werden. Zum Vergleich: In Japan, das nicht zuletzt wegen seiner dauernden Exportoffensiven zu Recht oft scharf kritisiert wird, beträgt dieser Prozentsatz „nur“ knapp 4 Prozent. Diese Entwicklung ist aus folgenden Gründen nicht ohne zum Teil erhebliche Gefahren:

Unsere Exportüberschüsse schlagen sich irgendwo in anderen Ländern als Importüberschüsse nieder. Dort bewirken sie Beschäftigungseinbußen. Die Folge ist eine wachsende Neigung zur Subventionierung der eigenen Exporte und/oder zur Abriegelung der Grenzen gegen ausländische Waren in den Importländern. So haben sich die anhaltenden Exportüberschüsse Japans inzwischen zur Achillesferse der japanischen Außenpolitik entwickelt. Im amerikanischen Kongreß liegen gegenwärtig beispielsweise 300 handelsprotektionistische Gesetzentwürfe, die überwiegend gegen die Exportoffensive der Japaner gerichtet sind.

Aber auch die Bundesrepublik sitzt diesbezüglich im Glashaus. Wenn alle Industriestaaten der Welt sich wie die Bundesrepublik verhalten würden, dann müßte das wirtschaftliche und soziale Elend in den verschuldeten Entwicklungsländern irgendwann politisch in einer Katastrophe enden.

Es gibt noch weitere außenpolitische Aspekte unserer hohen Exportüberschüsse: Früher oder später werden die Amerikaner einen Teil der daraus resultierenden hohen Devisenüberschüsse in Form höherer deutscher Verteidigungsausgaben reklamieren, zum Beispiel in Form zusätzlicher Rüstungskäufe in den USA. Aber auch der politische Druck auf Bonn zur Teilnahme am SDI-Programm mit entsprechenden Finanzierungsverpflichtungen läßt sich angesichts unserer Überschußposition im Außenhandel um so schwieriger erfolgreich abschwächen. Neben außenpolitischen Gefahren bergen die hohen Exportüberschüsse auch noch ein handfestes wirtschaftliches Risiko: Die überzogene Außenorientierung zieht eine entsprechende Struktur der Produktionskapazitäten nach sich. Diese Struktur „paßt“ zwar auf die Struktur der Auslandsnachfrage. Tritt eine verstärkte Inlandsnachfrage an ihre Stelle, so können sich die aufgebauten Kapazitäten, gemessen an dieser Nachfragestruktur, zumindest teilweise als Fehlkapazitäten erweisen.

Und noch eines: Wer sich wie die Bundesrepublik in die größte außenwirtschaftliche Abhängigkeit begibt, wird auch am stärksten von außenwirtschaftlichen Gefahren betroffen. Solche Gefahren reichen von Ölpreisexlosionen über Schuldenkrisen und Bankenkräche bis hin zu bestimmten Wechselkursstrategien anderer Staaten und kriegesischen Konflikten. Diese Gesichtspunkte sollten sich insbesondere unsere Finanzpolitiker zu Herzen nehmen. Wer im Inland die Nachfrage drosselt und die Produktion zu stark ins Ausland drückt, ist für diese außenwirtschaftliche „Schieflage“ mitverantwortlich.

Gute Preisstabilität - aber: überzogener Stabilitätsehrgeiz birgt Risiken

Das Preisniveau für den privaten Verbrauch hegt Ende 1985 nur geringfügig höher als zur Jahresmitte (um 0,5 Prozent). Das ist, statistisch gesehen, ein günstiger Ausgangspunkt für niedrige Preissteigerungsraten im Jahresdurchschnitt 1986 zu 1985. Preisdämpfend wirken die D-Mark-Aufwertung sowie die sinkende Tendenz der Weltmarktpreise für Rohstoffe. Beides bedeutet Verbilligung unserer Importe. Nach Aussagen der Fachleute dürfte der Preisanstieg für den privaten Verbrauch im kommenden Jahr bei 2 Prozent liegen und damit fast dieselbe Rate aufweisen wie 1985. Sachverständigenrat, Bundesbank und Bundesregierung hebäugeln sogar mit einer „Eins vor dem Komma“ beim Preisanstieg für den privaten Verbrauch 1986. Es wäre jedoch überzogener Stabilitätsehrgeiz, wollte man diese „Eins vor dem Komma“ zur Orientierung der Wirtschafts- und insbesondere der Geldpolitik machen. Ich bin weit davon entfernt, einer inflatorischen Politik das Wort zu reden. Wer aber die Preissteigerungsrate noch weiter in Richtung Null drücken will, muß sich bewußt sein, daß er damit auch Wachstums- und Beschäftigungsverluste heraufbeschwören kann.

Ein überzogener Stabilitätsehrgeiz hat insbesondere folgende Kehrseiten:

- Die niedrige Preissteigerungsrate ist bereits heute auch Ausdruck einer zu schwachen Inlandsnachfrage. So hat auf der einen Seite nur die Preissteigerungsrate im Bausektor bereits seit langem eine „Eins vor dem Komma“. Auf der anderen Seite steckt aber der Bau in einer der tiefsten Krisen seit der Nachkriegszeit. Bautätigkeit und Baunachfrage sind heute nicht höher als Ende der sechziger Jahre.
- Falls die Deutsche Bundesbank ihre Geldpolitik des Jahres 1986 an einer allgemeinen Preissteigerungsrate mit einer „Eins vor dem Komma“ ausrichtet, besteht die Gefahr einer zu niedrigen Geldversorgung, so daß an Produktion und Wachstum nicht das herausgeholt und finanziert werden kann, was möglich und zum Abbau der Arbeitslosigkeit unbedingt erforderlich ist.
- Die Wachstumsschwäche in den Industrieländern ist ein wichtiger Grund für die seit langem sinkenden Preise für Rohstoffexporte aus Entwicklungsländern. Dort fallen Deviseneinnahmen aus. Die Länder können weniger bei uns kaufen. Ihre Nachfrage auch nach deutschen Exporten geht zurück. Weitere Wachstums- und Beschäftigungsverluste in der Bundesrepublik würden diese Tendenz noch verstärken, ganz abgesehen von einer Verschärfung des internationalen Verschuldungsproblems als Folge ausfallender Deviseneinnahmen bei den Entwicklungsländern.

Das wirtschaftspolitische Ziel „Preisstabilität“ ist erfüllt. Übererfüllung wäre schädlich.

Anhaltende Massenarbeitslosigkeit

Die Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer wird 1985 erstmals seit langem wieder ansteigen, und zwar um rund 150000 Personen. Für 1986 wird ein weiterer Anstieg um 200000 Personen erwartet. Dieser leichte Beschäftigungsanstieg hat bis einschließlich 1985 nicht ausgereicht, um auch nur die steigende Zahl der Arbeitsplatznachfrage aus der „stillen Reserve“ und den geburtenstarken Jahrgängen mit einem Arbeitsplatz zu versorgen. Deshalb ist die jahresdurchschnittliche Arbeitslosigkeit auch 1985 noch einmal um 45000 Personen angestiegen. Für 1986 wird erstmals ein leichter Rückgang der Arbeitslosenzahl um 60000 erwartet. Dies ist eine eindeutige Negativbilanz, und ohne Verkürzung der Wochenarbeitszeit und Vorruhestand wäre diese Negativbilanz noch düsterer.

Positive Beschäftigungsbilanz der Arbeitszeitverkürzung

Eine positive Beschäftigungsbilanz können demgegenüber die Gewerkschaften als Ergebnis ihres Kampfes für Arbeitszeitverkürzungen ziehen. Umfrageergebnisse, statistische Analysen und Zuschußanträge bei der Bundesanstalt für Arbeit lassen auf einen Beschäftigungseffekt der Wochenarbeitszeitverkürzung und des Vorruhestandes in einer Größenordnung von deutlich über 100000 gesicherten und geschaffenen Arbeitsplätzen schließen. Was vor anderthalb Jahren vom Bundeskanzler noch als „töricht und dumm“ bezeichnet wurde, hat also nun verhindert, daß die Arbeitsmarktbilanz noch düsterer ausgefallen ist.

Einseitige Angebotspolitik hat versagt

Die Bundesregierung wehrt sich gegen den Vorwurf, sie betreibe eine einseitige Angebotspolitik zur Verbesserung von Rahmenbedingungen für Unternehmer. Sie verweist dann gern auf die Intensivierung von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) und auf das Vorruhestandsgesetz.

Tatsache ist aber, daß die ABM mit der steigenden Arbeitslosigkeit nicht Schritt gehalten haben. Während 1979 noch jeder 17. Arbeitslose in ABM beschäftigt war, war es 1984 nur noch jeder 32. Arbeitslose. Eine noch breitere Durchsetzung des Vorruhestandes scheitert häufig an der unzureichenden finanziellen Ausgestaltung des Gesetzes.

Man kann es drehen und wenden wie man will: Kernpunkt der Wirtschaftspolitik dieser Regierung ist die Förderung der Unternehmergewinne mit allem, was dazugehört. Niedrige Wachstumsdynamik und anhaltende Massenarbeitslosigkeit sind das Ergebnis. Die erreichte Preisstabilität reicht als Rechtfertigung für die einseitige Angebotspolitik nicht aus.

1976/80 war es besser

Die Schwäche der augenblicklichen Konjunkturbelebung ist kein unabwendbares Schicksal. Auch Konjunkturzyklen können von der Wirtschaftspolitik gesteuert werden. So ist beispielsweise der langgezogene Aufschwung der späten siebziger Jahre durch eine pragmatisch gebündelte „gemischte“ Wirtschaftspolitik mit erheblichen nachfragepolitischen Elementen ausgelöst und gefördert worden. Neben mehrfachen Steuersenkungen in einem Gesamtvolumen von gut 40 Milliarden D-Mark - aufgeteilt in einem Verhältnis von 26 Milliarden D-Mark für Arbeitnehmer und 14 Milliarden D-Mark für den Unternehmensbereich - ist insbesondere das 1977 auf den Weg gebrachte Zukunftsinvestitionsprogramm (ZIP) mit einem Investitionsvolumen von 20 Milliarden D-Mark zu nennen. Bei einer jahresdurchschnittlichen Wachstumsrate von 3,5 Prozent stieg die Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer von 1976 bis 1980 um 970000 Personen an. Die expansive Finanzpolitik war laut Deutschem Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) an diesem Beschäftigungszuwachs mit etwa 300000 Personen beteiligt. Auch damals kam ein großer Teil der zusätzlich beschäftigten Arbeitnehmer aus der „stillen Reserve“ und den geburtenstarken Jahrgängen. Immerhin verringerte sich die Arbeitslosenzahl im damaligen Aufschwung noch um fast 300000.

Der Vergleich des damaligen Konjunkturaufschwungs mit dem heutigen sollte auch alle „Angebotspolitiker“ zum Nachdenken darüber anregen, ob nicht doch eine „Mischung“ aller wirtschaftspolitischen Handlungselemente die beste Wirtschaftspolitik ist.

Manipulationsversuche der Arbeitgeber

Noch immer wird versucht, die Massenarbeitslosigkeit herabzuspielen. Jüngstes Beispiel ist eine Veröffentlichung des Unternehmer-„Institutes der Wirtschaft“. Danach könnte nur knapp ein Drittel aller Arbeitslosen „problemlos vermittelt werden“. 1,5 Millionen Arbeitslose und die nunmehr auch vom Präsidenten der Bundesanstalt für Arbeit zugegebene stille Reserve von 1,2 Millionen Arbeitslosen haben einen oder mehrere „vermittlungsererschwerende Faktoren“.

Versuche zur Bagatellisierung von Arbeitslosigkeit und Arbeitslosenzahlen sind nicht neu. So konnte man schon vor 60 Jahren in „Der Arbeitgeber“, Jahrgang 1929, auf Seite 554 folgendes lesen: „Es ist eine nicht wegzuleugnende Tatsache, daß wir eine nicht so erhebliche Zahl Arbeitsloser hätten, wenn die Unterstützungssätze geringer wären.“ Die Weltwirtschaftskrise war mit diesem Zynismus auch damals nicht aus der Welt zu schaffen.

Mittelfristige Perspektiven - andauernde Massenarbeitslosigkeit

Niemand kann mit Gewißheit vorhersagen, wie lange wir zwar geringe, aber immerhin positive Wachstumsraten haben werden. Die Konjunkturgeschichte

lehrt, daß ein Konjunkturzyklus immer aus einer Aufschwung- *und* einer Abschwungphase besteht. Diesmal wird es nicht anders sein. Aber selbst wenn es gelänge, das augenblickliche Wachstumstempo bis zum Ende dieses Jahrzehnts beizubehalten, so würde die Arbeitslosigkeit kaum unter die Zwei-Millionen-Grenze absinken. Von dieser Perspektive geht selbst die Bundesregierung in ihrer mittelfristigen Finanzplanung aus.

Auch das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) kommt aufgrund realistischer Annahmen über Wachstum und Zahl der Arbeitsplatznachfrager bis 1990 zu dem Ergebnis einer Arbeitslosenzahl von 2,1 Millionen in der günstigsten und von 3,5 bis 3,7 Millionen Personen in der ungünstigsten Varianzenkombination.

Finanzpolitik nicht auf Beschäftigungskurs

Die Bundesregierung wurde im Herbst 1982 gewählt als die konjunkturelle Belebung bereits begonnen hatte. Und in einer konjunkturellen Belebung müssen wichtige Wirtschaftsdaten immer besser aussehen als im Konjunkturabschwung. Das geschieht durch konjunkturellen Selbstlauf. Das muß nicht wirtschaftspolitisches Verdienst sein. Aber im konjunkturellen Selbstlauf gibt es offenbar keinen Abbau der Massenarbeitslosigkeit. Dazu ist eine offensive Investitions- und Beschäftigungspolitik erforderlich. Und die vermißt der DGB bei der Bundesregierung.

Sicher: Die Arbeitslosigkeit steigt nicht mehr so steil an wie im konjunkturellen Abschwung vor 1983. Aber ein konjunktureller Aufschwung muß mehr als nur einen langsameren Anstieg und auch mehr als einen vorübergehenden Stopp, ja er muß auch mehr als einen in nächster Zeit vielleicht feststellbaren leichten Rückgang der Arbeitslosigkeit bringen. Mit einer Beschäftigungsoffensive zur Beschleunigung des qualitativen Wachstums muß aus der Wirtschaft das an Wachstum herausgeholt werden, was tatsächlich drin ist.

Beschäftigungspolitische Forderungen des DGB

Wiederholt hat der DGB von Bund, Ländern und Gemeinden eine „Investitionsoffensive“ zur Beschleunigung des qualitativen Wachstums gefordert. Notwendig sind eine erhebliche Aufstockung der öffentlichen Investitionen und eine gezielte Förderung privater Investitionen. Neben einer Auffüllung der inzwischen entstandenen öffentlichen Investitionslücke in Höhe einer zweistelligen Milliardenzahl fordert der DGB die Verwirklichung seines 50-Milliarden-Investitionsprogramms und seines Schwerpunktprogramms Umweltschutz. Ziel ist die Schaffung hunderttausender von Arbeitsplätzen, die Verbesserung der Umweltverhältnisse und die ökologische Modernisierung der Wirtschaft. Weder der Bundeshaushalt

1986 noch die vor dem Hintergrund der auch mittelfristig anhaltenden Massenarbeitslosigkeit besonders wichtige mittelfristige Finanzplanung bis 1989 entsprechen diesen Forderungen. Diese Planungen sind geprägt von der ideologischen Zielsetzung einer Senkung der sogenannten „Staatsquote“. Insbesondere die preisbereinigten Investitionsausgaben des Bundes gehen sowohl 1986 als auch im anschließenden Zeitraum bis 1990 zurück.

Städtebauförderung ja - aber mit mehr Druck

Zur Belebung der Baukonjunktur soll die Städtebauförderung 1986/87 aufgestockt werden. Dabei stellt der Bund Ländern und Gemeinden 600 Millionen D-Mark zusätzliche Förderungsmittel zur Verfügung, die diese ihrerseits in ähnlicher Größenordnung aus eigenen Mitteln ergänzen müssen. Finanzschwache Kommunen können dieses Angebot häufig nicht wahrnehmen, weil ihnen die erforderlichen Eigenmittel fehlen. Deshalb hätten die Gelder so verteilt werden müssen, daß die besonders von Arbeitslosigkeit betroffenen Regionen einen besonders hohen Förderungsanteil vom Bund erhalten würden. Von „Investitions-offensive“ kann bei diesem Ansatz so oder so allerdings nicht die Rede sein.

Steuerreform und Beschäftigungsprogramm

Die Bundesregierung plant, in zwei Stufen 1986 und 1988 die Steuern um insgesamt 20 Milliarden D-Mark zu senken. Dabei ist die zweite Stufe ab 1988 noch unsozialer als die erste. Denn sie bringt Steuererleichterungen, die diesen Namen verdienen, erst ab Jahreseinkommen von 75000 DM aufwärts.

Der DGB-Bundesvorstand hat im April dieses Jahres vorgeschlagen, von dem 20-Mil'arden-D-Mark-Volumen die eine Hälfte zur Finanzierung von Beschäftigungsmaßnahmen und die andere Hälfte für eine Reform des Steuertarifs und des Familienlastenausgleichs zu verwenden, die das Prädikat „sozial“ tatsächlich verdient. Auf einen Fünf Jahreszeitraum bezogen hätte auf diese Weise bei einem Jahresvolumen von zehn Milliarden D-Mark genau das 50-Milliarden-Investitionsprogramm des DGB zur Schaffung von Arbeitsplätzen durch Beschleunigung des qualitativen Wachstums finanziert werden können.

Im Bundeshaushalt gibt es genügend Ansatzpunkte in Form bestehender, auslaufender oder bereits ausgelaufener Programme, die dem Inhalt des DGB-Programms entsprechen. An sie könnte unter Beteiligung der Länder und Gemeinden sofort wieder angeknüpft werden.

EG-Kommission unterstützt DGB-Vorstellungen

Die EG-Kommission hat soeben ihren Jahreswirtschaftsbericht 1985/86 vorgelegt. Sie schlägt folgende Doppelstrategie zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit vor:

- Eine zurückhaltende Lohnpolitik als Voraussetzung für mehr Erweiterungsinvestitionen und mehr Beschäftigung und
- eine deutliche Verstärkung der Inlandsnachfrage durch eine expansive Finanzpolitik, insbesondere in der Bundesrepublik.

Die Gewerkschaften haben in der Vergangenheit deutlich Lohnzurückhaltung geübt. Die oben dargestellte Verteilungssituation beweist dies. Die staatliche Finanzpolitik ist ihren Beitrag bisher schuldig geblieben. Es sieht nicht danach aus, als ob dieser Beitrag bald geleistet würde.

Die Hauptlast zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit über eine Stärkung der Massenkaukraft und/oder weitere Arbeitszeitverkürzungen liegt auch im kommenden Jahr bei den Gewerkschaften. Abermals steht eine äußerst wichtige Tarifrunde bevor.